

Germany-Aschheim: Architectural and related services

OJ S 54/2020 17/03/2020

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Gemeinde Aschheim

Postal address: Saturnstraße 48

Town: Aschheim

NUTS code: DE21H München, Landkreis

Postal code: 85609

Country: Germany

Contact person: Bauamt Ascheim

E-mail: bauamtsleitung@aschheim.de

Telephone: +49 8990997855

Fax: +49 89909978855

Internet address(es):

Main address: <https://www.aschheim.de>

Address of the buyer profile: <https://www.staatsanzeiger-eservices.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EuBekVuUrl?z_param=188469

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.staatsanzeiger-eservices.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Objektplanung LPH 1-9 § 34 HOAI für Teil-Ersatzneubau und Erweiterung für das Rathaus der Gemeinde Aschheim

II.1.2. Main CPV code

71200000 Architectural and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Gemeinde Aschheim im Landkreis München plant den Ersatzneubau für einen Teil des bestehenden Rathauses in der Ismaninger Straße in Aschheim. Das Rathaus soll mit einer Gesamt-Nutzfläche (NUF 1-7) von 2 900 m² geplant werden, wovon 540 m² derzeit in dem im Jahr 2000 errichteten und zu erhaltenden Gebäude vorhanden sind.

Als Teil des Angebotes sind von den im Zuge des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bietern Lösungsvorschläge auszuarbeiten, die mit dem Angebot submittiert werden müssen. Die Aufgabenstellung für die Lösungsvorschläge mit Angabe deren Vergütung ist Teil der Vergabeunterlagen. Ein Bestandteil der Zuschlagskriterien ist die Beurteilung der Lösungsvorschläge durch den Auftraggeber.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE21H München, Landkreis

Main site or place of performance: Aschheim

II.2.4. Description of the procurement

Die Gemeinde Aschheim im Landkreis München plant den Ersatzneubau für einen Teil des bestehenden Rathauses in der Ismaninger Straße in Aschheim. Das zu ersetzende Gebäude weist erhebliche Mängel im Brandschutz auf und bedingt in der Erschließung im Zusammenhang mit dem weiteren Gebäudeteil umständliche Arbeitsabläufe und ungünstige Erschließungssituationen.

Das Rathaus soll mit einer Gesamt-Nutzfläche (NUF 1-7) von 2 900 m² geplant werden, wovon 540 m² derzeit in dem im Jahr 2000 errichteten und zu erhaltenden Gebäude vorhanden sind.

Die Gemeinde Aschheim wünscht sich die Umsetzung ihrer Planungsziele mit einer Gestaltung des Neubaus, die sich gut in die bestehende Bebauung einfügt und den Charakter dieser Bebauung stärkt. Die Gestaltungselemente des Neubaus sind vor diesem Hintergrund mit Bedacht auszuwählen.

Es ist im Rahmen des Auftrages zu untersuchen, welche Räume und Funktionen im Bestandsgebäude sinnvoll untergebracht werden können. Der zu erhaltende Gebäudeteil muss an heutige Arbeitsstätten- und Brandschutzanforderungen angepasst werden. Zudem ist wichtig, dass die Aufenthaltsqualität im zu erhaltenden Gebäude gegenüber dem zu planenden Neubau nicht abfällt und somit keine Unterschiede für die Beschäftigten je nach Unterbringung entstehen.

Das Rathaus soll so geplant werden, dass bis zu 75 Mitarbeiter darin tätig sein können. Die Zukunftsfähigkeit des Entwurfs, insbesondere hinsichtlich einer langfristig nicht ausgeschlossenen höheren Mitarbeiterzahl im Rathaus wird dadurch erreicht, dass die überwiegende Zahl der Büroräume in der Größe so dimensioniert ist, dass darin auch 2 statt einer Person untergebracht werden können.

Eine zukünftige Erweiterung des Rathauses ist nicht Gegenstand der Aufgabe.

Für das neue Rathaus/die Rathäuserweiterung sind insgesamt ca. 65 Pkw-Stellplätze erforderlich, die bestehende Tiefgarage hat eine Kapazität von 20 Stellplätzen. Die neue

Tiefgarage soll den Bestand um 45 Plätze erweitern und je nach Lage entweder mit einer zusätzlichen Auffahrt oder einem 2-spurigen Umbau der bestehenden Ab-/Auffahrt geplant werden.

Von allen Bietern sind im Zuge des Angebotes Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/09/2020 End: 31/12/2027

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

— Für den Fall, dass eine längere Ausführungsdauer bei der Umsetzung der Maßnahme zu einem wirtschaftlicheren Ergebnis führt.

— Die Haushaltsmittelbereitstellung zu einer Verlängerung der Baumaßnahme führt.

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 5 Maximum number: 7 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

1) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit a) Bürostruktur zur Erbringung der Leistung /Personalstärke im letzten Geschäftsjahr: Gewichtung 15 von 135 Pkt.

2) Referenzen:

Mindestbedingung für die grundsätzliche Wertung einer Referenz zu Pkt b) aus der Wertungsmatrix ist Erfahrung in der Planung d. h. mind. LPH 2-5 § 34 HOAI von baulich fertiggestellten Hochbauten mit mind. 3 Nutzungsbereichen, 2 Referenzprojekte, Einreichung des Baugenehmigungsantrages nach 1.1.2014,

Gewichtung 90 von 135 Pkt.

Mindestbedingung für die grundsätzliche Wertung einer Referenz zu Pkt c) aus der Wertungsmatrix ist Erfahrung in der Planung d. h. mind. LPH 2- 5 § 34 HOAI von baulich fertiggestellten Hochbauten in einer gewachsenen innerörtlichen Siedlungsstruktur (MD, MI, MK gem. §1 Bau NVO, mit Bestand vor 1940), ein Referenzprojekt, Einreichung des Baugenehmigungsantrages nach 1.1.2014, Gewichtung 30 von 135 Pkt.

Die detaillierte Bewertungsmatrix mit Angabe über die Verteilung der Punkte und Gewichtung der einzelnen Eignungskriterien ist in den Vergabeunterlagen enthalten. Bei der Bewertung wird der Auftraggeber ein Punktesystem anwenden, somit ergibt sich eine Reihenfolge der Bewerber. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberanzahl nach objektiver Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, entscheidet bei Punktgleichheit auf dem letzten Rang das Los (§ 51 VgV i. V. nn. § 75 Abs. 6 VgV)

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss mit der Leistungsstufe 1, das sind vorliegend die Leistungen der Leistungsphasen 1 und 2 § 34 HOAI. Leistungsstufen (Leistungsphasen gem. §34 HOAI), die

der Auftraggeber nicht mit Vertragsschluss beauftragt, stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber sie erst bei Fortsetzung der Planung/Ausführung abrufen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen/Leistungsphasen gem. § 34 HOAI oder auf Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken. Der Abruf erfolgt schriftlich. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung weiterer Leistungen besteht nicht.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Die Aufgabenstellung für die Lösungsvorschläge mit Angabe deren Vergütung ist Teil der Vergabeunterlagen. Ein Bestandteil der Zuschlagskriterien ist die Beurteilung der Lösungsvorschläge durch den Auftraggeber.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die Angaben der Bewerbung sind zwingend in den Teilnahmeantrag einzutragen, der vom Auftraggeber auf der Vergabeplattform zur Verfügung gestellt wird. Die in dieser Ankündigung und im Teilnahmeantrag genannten Nachweise sind der Bewerbung als Anlage beizufügen. Formlose oder unvollständige Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Gefordert werden:

- 1) Nachweis über die Berechtigung zum Führen der geforderten Berufsbezeichnung;
- 2) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB;
- 3) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 Abs. 1 Schwarz ArbG, § 21 Abs. 1 AEntG;
- 4) Erklärung über wirtschaftliche und/oder rechtliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen § 36 Abs. 1 VgV;
- 5) Erklärung zur Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen;
- 6) Erklärung über eine eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist in der Phase 2 dieses Verfahrens abzugeben;
- 7) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. Verpflichtungsgesetzes abzugeben;
- 8) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbergemeinschaften. Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften;
- 9) Erklärung zur Eignungsleihe: Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten Dritter in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den

Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Zudem muss der Dritte die Angaben zu Ausschlusskriterien (§§ 123 und 124 GWB) machen.

Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung haften. Bei der Prüfung der Eignung des Bewerbers werden Leistungen der Eignungsleihe nur in dem Umfang und für die Bereiche der beabsichtigten Leistungsübertragung bewertet. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen;

10) Bei juristischen Personen Auszug aus dem Handelsregister, aus dem der Unternehmenszweck zu ersehen ist. Bei Partnergesellschaften und Partnergesellschaften mit beschränkter Berufshaftung: Nachweis der Eintragung ins Partnerschaftsregister nach PartG.

III.1.2. Economic and financial standing

Minimum level(s) of standards possibly required:

Berufshaftpflichtversicherung über mind. 2 000 000 EUR für Personenschäden und 2 000 000 EUR für sonstige Schäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens die dreifache der o. g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Der Nachweis bzw. die Erklärung darf nicht älter als 12 Monate vor Tag der Absendung der Bekanntmachung sein und muss der Bewerbung beiliegen. Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft muss der Versicherungsschutz auf die Bewerbergemeinschaft ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft eingereicht werden (Mindestsummen sind von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Bewerbergemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines Bewerbergemeinschafts-Partners mitversichert ist. Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein vorgelegt werden.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Kriterien sind in der Matrix zur Wertung der Referenzprojekte dargelegt. Die Kriterien sind durch folgende Unterlagen zu belegen:

- 1) Anzahl der Mitarbeiter und deren Qualifikation sowie Fachrichtung des Studienabschlusses;
- 2) Erfahrungen in der Objektplanung anhand vergleichbarer Referenzprojekte,

Mindestbedingungen an diese Referenzen sind:

2.1) Erfahrung in der Planung d. h. mind. LPH 2-5 § 34 HOAI von baulich fertiggestellten Hochbauten mit mind. 3 Nutzungsbereichen, Einreichung des Baugenehmigungsantrages nach 1.1.2014, 2 Referenzprojekte mit Angaben zu:

- Name des Auftraggebers;
- Rügefähigkeit bei Auftraggebern gem § 99 GWB;
- Ansprechpartner des Auftraggebers mit aktueller Telefonnummer;
- vom Bauherrn namentlich beauftragter Auftragnehmer;
- Nennung der evtl. Mitbeauftragten und deren Leistungsanteilen in den einzelnen Leistungsphasen, die nicht vom Bewerber erbracht wurden;
- Monat und Jahr der erfolgten oder vorgesehenen baulichen Fertigstellung des Gebäudes;
- Monat und Jahr der Einreichung des Baugenehmigungsantrages;
- selbst erbrachte und abgeschlossene Leistungen;

- Herstellkosten KG 300 + 400 gem. DIN 276, EUR brutto;
- Honorarzone der Projektes gem. HOAI § 35;
- Angaben zu Nutzungsbereichen im Gebäude;
- Angaben zu Arbeitsstätten;
- Angaben zu Räumen für die Öffentlichkeit für mind. 50 Personen;
- Angaben zum Neubau-Anteil.

2.2) Erfahrung in der Planung d. h. mind. LPH 2-5 § 34 HOAI von baulich fertiggestellten Hochbauten in einer gewachsenen innerörtlichen Siedlungsstruktur (MD, MI, MK gem. §1 Bau NVO, mit Bestand vor 1940), Einreichung des Baugenehmigungsantrages nach 1.1.2014, ein Referenzprojekt mit Angaben zu:

- Name des Auftraggebers;
- Ansprechpartner des Auftraggebers mit aktueller Telefonnummer;
- vom Bauherrn namentlich beauftragter Auftragnehmer;
- Nennung der evtl. Mitbeauftragten und deren Leistungsanteilen in den einzelnen Leistungsphasen, die nicht vom Bewerber erbracht wurden;
- Monat und Jahr der erfolgten oder vorgesehenen baulichen Fertigstellung des Gebäudes;
- Monat und Jahr der Einreichung des Baugenehmigungsantrages;
- selbst erbrachte und abgeschlossene Leistungen;
- Herstellkosten KG 300 + 400 gem. DIN 276, EUR brutto;
- Honorarzone der Projektes gem. HOAI § 35;
- Angaben zu technischen Auflagen hinsichtlich Benutzungssicherheit (z. B. Kommunale Unfallversicherung, TÜV-Abnahmen);
- Angaben zur umgebenden Bebauung.

Die Nichteinhaltung der geforderten Mindestforderungen an die Referenzen führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss. Die detaillierte Bewertung ergibt sich aus der Matrix zur Wertung des Teilnahmeantrags, die mit den Bewerbungsunterlagen abrufbar ist. Wurde ein Referenzprojekt durch eine ARGE geleistet, kann nur der tatsächlich erbrachte Leistungsanteil des Bewerbers gewertet werden. Hierzu muss der genaue Leistungsanteil in den Bewerbungsunterlagen angegeben werden. Die Angaben sind zwingend in den Teilnahmeantrag einzutragen. Zusätzliche Angaben zu den Referenzen zum Nachweis der Erfüllung der Kriterien können auf bis zu 2 DIN A4 Anlagenblättern pro Projekt angegeben werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten Auftraggebern über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern.

Die Referenzen sind so anschaulich zu präsentieren, dass eine Bewertung ermöglicht wird. Die detaillierte Bewertung ergibt sich aus der Matrix, die mit den Bewerbungsunterlagen abrufbar ist.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Ingenieurkammergesetz Bayern, Bauvorlageberechtigung für das ausgeschriebene Vorhaben in Bayern:

- natürliche Personen, die gemäß den Rechtsvorschriften ihres Heimatlandes am Tag der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ berechtigt sind. Ist im jeweiligen Heimatland die Berufsbezeichnung grundsätzlich nicht geregelt, so sind die

fachlichen Voraussetzungen erfüllt, wenn die Berechtigung zur Führung der o. g. Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gewährleistet.

— juristische Personen, wenn deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungsleistungen der hier gegebenen Art ausgerichtet ist. Die bei einer juristischen Person für die Ausführung der betreffenden Dienstleistungen verantwortlichen Personen müssen die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen. Bei Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied benannt und teilnahmeberechtigt sein.

III.2.2. Contract performance conditions

Grundlage für die Beauftragung wird das Vertragsmuster des Auftraggebers sein.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 15/04/2020 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 3 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1) Die Abgabe des Teilnahmeantrags, sowie die vollständige Kommunikation während des Verfahrens erfolgen digital über die Vergabepattform. Per Post, Kurier, direkt, anderweitig

- elektronisch (E-Mail etc.) oder fernschriftlich übermittelte Teilnahmeanträge und sonstige Unterlagen/Bieterfragen werden nicht berücksichtigt und sind auszuschließen,
- 2) Der Bewerber/Bieter informiert sich selbstständig über die Beschränkungen der Vergabeplattform,
 - 3) Die Teilnahmeanträge und Angebote in Textform müssen nicht handschriftlich signiert werden,
 - 4) Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise der Eignung von jedem Mitglied gesondert in einem Formularsatz einzureichen,
 - 5) Die Nachforderung folgender Unterlagen wird vorbehalten: Bescheinigung öffentlicher Auftraggeber über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte,
 - 6) Sofern im Zuge des Bewerbungsverfahrens Fragen von Bewerbern eingehen und deren Beantwortung Informationen über die in der Auftragsbekanntmachung oder Teilnahmeantrags veröffentlichten Inhalte enthält, werden diese auf der Vergabeplattform als Fragen- und Antwortliste bekanntgemacht,
 - 7) Die von Ihnen eingereichten personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern
Postal address: Maximilianstr. 39
Town: München
Postal code: 80538
Country: Germany
Telephone: +49 8921762411
Fax: +49 8921762847
Internet address: <http://regierung.oberbayern.bayern.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Der Antrag auf Nachprüfung des Vergabeverfahrens und der Vergabeentscheidung ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB),
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB),
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB),
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Absendung der vorläufigen Absagen in Briefform, beziehungsweise mehr als 10 Kalendertage bei Absendung per Fax oder E-Mail vergangen sind (§ 134 Abs. 2 GWB),
- 5) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.5.

Date of dispatch of this notice

12/03/2020